

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachamt: Dresden 1530
Strolachstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 9.

Donnerstag, 11. Januar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 60.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachmittags- und Vermittlungsgelder 10.— Mark. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Grüßler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Fanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Fagner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Winterlich, Riesa.

Der Reichstanzler über die politische Lage.

Im Nachwortigen Rückblick des Reichstages Bericht gestern nachmittags Reichstanzler Dr. Cuno über die politische Lage. Der Kanzler gab einen kurzen Rückblick über das, was die Regierung seit ihrem Amtsantritt unternommen habe, und entwickelte eingehend die Gedanken der deutschen Vorkämpfer für die Barriere Konvention. Der Kanzler berührte den deutschen Friedenswillen mit dem am Rhein interessierten Mächten und wies nach, daß mit Frankreich nicht zu einer Lösung des Reparationsproblems zu kommen sei. Was Frankreich wolle, bestätigten die Nachrichten über die Truppenbewegungen, die uns die letzten Tage gebracht. Diese seien in Szene gesetzt geworden, nicht einmal in äußerster Verbindung mit der großen Reparationsfrage, sondern mit dem Holz- und Kohlenlieferungen. Diese beruhen auf besonderen Verabredungen, die selbst im Falle einer Verletzung keinerlei militärische oder sonstige Sanktionen vorleben. Eingehend legte der Kanzler den Rechtsbruch dar und kam zu dem Schluss, daß Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offenbrüchig gebrochen hätten. Das müsse zu umso stärkeren Konsequenzen führen, als uns die französische Aktion gerade das Gebiet aus den Händen nimmt, aus dem heraus unsere bisherigen Leistungen geschehen seien. Aktive Gegenwehr sei dem deutschen Volk nicht möglich, aber es dürfe sich auch nicht willenlos dem Rechtsbruch beugen. Die Reichsregierung werde ihren Protest gegen den Rechtsbruch allen Ländern notifizieren. Der Vorkämpfer Dr. Mayer werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und hierher zu kommen. Das Vorkämpferpersonal werde dort bleiben. Die Reparationsleistungen würden an die vertragbrüchigen Länder eingekauft werden. Die Pfandnahme habe notwendig den Tod der Reparationen zur Folge, schon weil mit der Besetzung des Ruhrgebietes, der stärksten Quelle der deutschen Wirtschaftskräfte, unsere Leistungsfähigkeit gebrochen sei. Was weiter zu geschehen habe, hänge davon ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde. Im Innern müssen wir den wirtschaftlichen Gefahren entgegenzutreten, die aus der Besetzung des Bergens unserer Wirtschaft entstehen könnten. Es gelte jetzt, jede unnötige Forderung abzumehren, die sich aus der sprunghaften Steigerung der fremden Währungen ergeben könnten. Trotz der ungeheueren Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, habe die Reichsregierung Bemühungen in dieser Richtung eingeleitet. Verhandlungen darüber mit den wirtschaftlichen Kreisen seien im Gange. Sie würden in den nächsten Tagen nach der Seite der Gewerkschaften hin weitergeführt werden. Das deutsche Volk müsse sich in allen Schichten, auch in denen, die bisher die Not nicht empfunden hätten, zu einfacherer Lebensweise bequemen. Zur Beratung über diese Frage und über die Gesamtlage seien die Herren Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nach Berlin gebeten.

Der Erfolg unserer Bemühungen hänge davon ab, ob wir die Kräfte aufbringen, wirklich durchzusetzen. Das soll auch äußerlich zum Ausdruck gebracht werden durch einen Aufruf des Reichspräsidenten, der dazu mahne, den nächsten Sonntag zu einem Tag der Einkehr und der ernstesten Würdigung der Not des Vaterlandes zu gestalten.

Die französischen Truppenansammlungen.

Die französischen Truppenansammlungen im besetzten Gebiet trafen am Mittwoch mit großer Verspätung ein, so daß daraus der Schluss zu ziehen ist, daß Jäger zurückgehalten werden. Von den angemeldeten Jägern für Duisburg, Speldorf und Ratingen sind eine Anzahl zurückgehalten. Auch ist bekannt geworden, daß einige Jäger rückwärts verlegt worden sind. Für den heutigen 11. Januar sind weitere 48 Jäger angemeldet. In Richtung Düsseldorf trafen am Mittwoch Westeisenlieferungen für Fuhrwerke ein. Am Dienstag wurden alle Last- und Personenwagen in Nettwig zurückgehalten. Am Mittwoch blieben Lastwagen in beiden Richtungen unbehindert, während Personenwagen die Erlaubnis für die Einreise erhalten. Es wird ihnen aber nicht gestattet, zurückzufahren.

Nach dem „Newport Herald“ wird in maßgebenden französischen militärischen Kreisen bestätigt, daß beim Vorgehen in das Ruhrgebiet etwa 7500 Mann Verwendung finden sollen. Als Reserve würden jedoch annähernd 25 000 Mann im Düsseldorf-Dreieck und eine weitere Reserve von etwa 100 000 Mann im Rheinland selbst bereitgestellt.

Nachrichten von Mittwoch 7 Uhr abends über die Tätigkeit der Franzosen im besetzten Gebiet zeigen, daß vorläufig ein Vordringen in das unbesetzte Gebiet nicht gedacht wird. Die Truppen haben Anweisungen erhalten, an ihrem Aufstellungsort stehen zu bleiben. Die angemeldeten Jäger bleiben aus. So trafen Mittwoch nur zwei Truppenzüge ein, davon einer in Duisburg, der andere mit belgischem Militär in Ruhrort, während für diesen Ort 12 belgische Jäger angemeldet waren. Auf französischer Seite rechnet man mit einer Verlagerung des Vorkämpfers um weitere 3—4 Tage. Die Bewohner des unbesetzten Gebietes leben dem Einmarsch mit Ruhe und Gelassenheit entgegen. In den vom Einmarsch bedrohten Gebieten sind die Ausfahrungen von Dr. George über eine beabsichtigte Annexion der Rheinlande in großer Aufmerksamkeit überall angeschlagen und werden eifrig gelesen.

Über die Stimmung in den Rhein- und Arbeiterkreisen schreibt die sozialdemokratische „Allgemeine Arbeiterzeitung“: Es gibt keine Nacht, die hart genug wäre, und wenn sie ein aus tausend Kanonenschlägen drohendes Geschick zeigte, die unsere Herzen im Gefühl der Augenblicke zur deutschen Republik erschütterten könnte. Rüge kommen, was da will.

unerschütterlich wird die Stadt der Arbeit zur deutschen Republik stehen.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Essen verbreiten die Anhänger Smeets in großen Massen Verleumdungen im Essener Gebiet, die am Tage des Einmarsches der Franzosen in polnischer Sprache an die polnischen Arbeiter des Ruhrgebietes verteilt werden sollen, um diese als Hülfs-truppen zu gewinnen.

Ein Aufruf der Kommunisten.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf an die Vorkämpfer der U.S.V. des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Ufa und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes unter der Überschrift „Geschlossene Kampffront“, in dem es heißt: Wir schlagen vor, sofort eine das ganze Reich umfassende Generalkonferenz einzuberufen mit dem Ziel: Abwehr der Besetzung des Ruhrgebietes, Appell an die Arbeiterkraft in den Entente-Ländern, Abwägung der Wiedergewinnungsmöglichkeiten auf die Besitzenden, Austritt des Kabinetts Cuno, Bildung einer Arbeiterregierung, Auflösung des Reichstages.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen die Gewaltverhältnisse.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat in einer Sitzung in Amsterdam einen Antrag angenommen, in dem gegen die Gewalt der Organisationen aller Länder aufgeföhrt werden, zu verlangen, daß die Wiederherstellung eines Schiedsgerichts des Völkerverbundes unterworfen werden soll, da der Gewerkschaftsbund davon überzeugt ist, daß ein gewalttätiges Mittel das Chaos in Europa lediglich vergrößern wird. Das Büro beantragt seine Mitglieder, sich innerlich mit ihren verschiedenen Organisationen in Verbindung zu setzen, damit das Büro instand gesetzt wird, einen endgültigen Beschluß zu fassen und nähere Instruktionen in seiner nächsten Versammlung zu erteilen.

Verhaftung kommunistischer Führer in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: Die Führer der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Monmousseau, Maranne, Pietri, Gourdeau und Treint sind gestern unter der Anschuldigung, ein Attentat gegen die Sicherheit des Staats begangen zu haben, und wegen antispanischer Propaganda in Deutschland verhaftet worden. Die Dapost mittelt, erwartet man in parlamentarischen Kreisen die Einbringung eines Antrages in der Kammer, die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin aufzuheben, da seine Verhaftung wegen antispanischer Propaganda in Deutschland angeordnet worden war. Der Antrag wird bereits heute eingebracht werden. Im Büro der „Humanität“ und im Privatbüro des Direktors Cachin fand gestern nachmittags eine Hausdurchsuchung statt. — Nach einigen Abendblättern haben in der gleichen Angelegenheit weitere Verhaftungen französischer Kommunisten bevor.

Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Paris: Der „Tatin“ behauptet, die Führer der kommunistischen Bewegung seien eiligst nach Paris zurückberufen worden, um in den größeren Städten, wie Le Havre, Lyon, St. Etienne und Bordeaux gegen die Besetzung von Essen Kundgebungen zu veranstalten. Weltens habe der Generalprokurator eine Konferenz im Justizpalast abgehalten, um festzustellen, was geschrieben müsse, um dieser Propaganda ein Ende zu bereiten und diejenigen zu bestrafen, die sie unternehmen. Auch habe gestern abend unter dem Vorsitz Voicars eine Konferenz stattgefunden in Anwesenheit des Generalstaatsanwaltes mit den Ministern des Innern und der Justiz. Offenbar ist es die Trochung mit einem Generalstreik, die man in gewissen französischen Kreisen ernst zu nehmen scheint.

Die Abberufung des Vorkämpfers Dr. Mayer.

Vorkämpfer Dr. Mayer ist telegraphisch angewiesen worden, die Geschäfte an den Vorkämpfer abzugeben und Paris zu verlassen. Eine entsprechende Weisung hat der Reichspräsident in Brüssel erhalten. — Die Reichsregierung hat die deutschen Vertreter im Ausschuss der Vorkämpfer, bei den fremden Regierungen unter einander Vorlegung der Sach- und Rechtslage gegen die Vertrags- und völkerrechtswidrige Gewaltverhältnisse in Frankreich und Belgien Verwahrung einzulegen.

Französische und belgische Erklärungen.

Aus Berlin wird gemeldet: Der französische Vorkämpfer und der belgische Geschäftsträger haben gestern dem Reichspräsidenten des Auswärtigen Reiches die gleichlautende Notizen, in denen es heißt: Die französische Regierung hat die Entsendung einer Kontrollkommission von Ingenieuren in das Ruhrgebiet beschlossen, die die Tätigkeit des Kohlenhandels zu überwachen hat, um die genaue Anwendung der von der Reparationskommission erlassenen Verfügungen zu gewährleisten und alle notwendigen Maßnahmen für die Reparationsleistungen zu ergreifen. Die italienische Regierung hat die Entsendung italienischer Ingenieure beschlossen. Die französische Regierung denkt nicht an die Durchführung einer militärischen Operation oder an eine Besetzung politischer Charakter und läßt in das Ruhrgebiet nur die nötigen Truppen zum Schutz der Kommission und als Garantie für die Ausübung ihrer Pflichten einmarschieren. Für den Fall, daß die Arbeiten der Kommission und die Unterbringung der Truppen gehindert oder gefährdet würde, werden Sanktionen angedroht, ebenso für den Fall, daß ein Verstoß des Kohlen-

handels oder des Bergbaus gegen die Vorschriften der Kontrollkommission feststellbar wäre, oder daß die geforderte Menge des Brennmaterials zu wünschen übrig ließe.

Reichsminister Dr. v. Helldorf erklärte, die Reichsregierung behalte sich ihre Antwort vor, er erhebe in dessen schon jetzt gegen die angekündigte Aktion Protest, weil sie einen Bruch des Vertrages und des Völkervertrages bedeute.

Ein neuer italienischer Reparationsplan.

Mehreren Blättern zufolge soll sich die italienische Regierung entschlossen haben, eine neue Lösung der Reparationsfrage auf einer rein realistischen Grundlage ins Auge zu fassen, da die gegenwärtige Lage ein Zusammenwirken der an der Lösung der dringenden Fragen interessierten Mächte, nämlich Frankreich, Italien, Belgien und auch Deutschland erfordere. Natürlich würde Deutschland, wenn es in die wahre Kooperation der kontinentalen Staaten eintrete, eine gewisse Zahl von Milliarden leisten müssen, wofür der Zahlungsmodus durch ein gemeinsames Abkommen festgesetzt werden könnte. Die römischen Blätter versichern, daß man im Palazzo Chigi an diesem Gegenstande eifrig arbeite. Nachrichten deutscher Blätter über eine Beteiligung Polens an den französischen Sanktionen bezeichnet „Kurjer Poranny“ als Phantasie. Ueberhaupt geht aus der polnischen Presse hervor, daß sie zwar überwiegend mit der französischen Haltung sympathisiert, eine aktive Unterstützung Frankreichs aber nicht einmal in Erwägung zieht. Auch die polnische Regierungsdirektion dürften einer Beteiligung Polens an der französischen Intervention durchaus abgeneigt sein.

Die amerikanischen Truppen zurückgerufen.

Aus Washington wird gemeldet: Der Präsident hat die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückgerufen.

Weiter meldet aus Washington, es verlautet, daß ein Transportschiff heute von Newport abfährt, um die amerikanischen Streitkräfte am Rhein abzuholen. Es handelt sich etwa um 1000 Mann. Der Befehlsgabe der Zurückziehung der amerikanischen Truppen hat im Weissen Haus eine Konferenz stattgefunden. Die Bekanntmachung des Staatsdepartements besagt, der Präsident sei der Ansicht, es sei an der Zeit, die amerikanischen Streitkräfte am Rhein zurückzurufen.

Die Haltung Amerikas.

Das Staatsdepartement in Washington teilt in einem offiziellen Communiqué mit, daß Staatssekretär Hughes vor seiner Reise in Newhoven seinen Plan einer internationalen Sachverständigenkonferenz zur Lösung der Reparationsfrage mit dem französischen Vorkämpfer Jufferand besprochen hat. Man glaube zu wissen, so laut das Communiqué, daß Jufferand den Hugheschen Plan seiner Regierung mitgeteilt und später Hughes von den Einwendungen der amerikanischen Ministerpräsidenten unterrichtet habe. Die amerikanische und die französische Regierung hätten auf diese Weise ihre Ansichten ausgetauscht. Als Hughes später in Newhoven gesprochen habe, habe er der französischen Vorkämpfer eine Kopie seiner Rede zur Information übermittelt. Was den Entschluß Frankreichs anlangt, zur Ergreifung von Reparationen Zwangsmaßnahmen anzuwenden, so unterlege es keinem Zweifel, daß die Haltung der amerikanischen Regierung klar zum Ausdruck gekommen sei.

Dem New-Yorker Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge ist die Wicksilligung Washingtons bezüglich der französischen Besetzung des Ruhrgebietes Frankreich offiziell durch den amerikanischen Vorkämpfer in Paris Herrick übermittelt worden. Es sei jedoch kein formeller Protest erhoben worden. Aufsehen erregte im Augenblick nicht die Absicht, die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuführen.

Die nächste Sitzung der Reparationskommission.

Wie Dapost mittelt, hat die Reparationskommission die Tagesordnung für die Sitzung am kommenden Freitag, in der das deutsche Vorkämpfergespräch für 1923 geprüft werden sollte, noch nicht festgelegt. Es sei möglich, daß sie die Rückkehr von Brabant abwartet, der gestern nach London abgereist ist, und daß sie die Prüfung des Vorkämpfergesprächs, falls er übermorgen noch nicht nach Paris zurückgekehrt sei, auf eine spätere Sitzung verziehe.

Ein Urteil des preussischen Kultusministers.

Der preussische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat an sämtliche Schulbehörden Preussens einen Erlaß gerichtet, in dem für den Fall des Einmarsches fremder Truppen in das Ruhrgebiet in allen preussischen Schulen am Sonnabend die Schüler und Schülerinnen zusammenzurufen werden sollen und auf den Ernst der Stunde hinzuwirken. Die Feier dient dem Scherz und der Empörung über das Unrecht, das einem entwaffneten und wehrlosen, ehrlich um die Erfüllung der ihm auferlegten Bedingungen ringenden Volke durch die widerrechtliche Besetzung seines heiligen Heimatbodens geschieht.

Der preussische Ministerpräsident über den französischen Gewaltakt.

Im preussischen Landtag gab Ministerpräsident Brauns eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte, er wolle seine Worte verlieren über die absolutistische Paarpaterei, die der französische Ministerpräsident aufwende, um den deutschen Gewaltakt mit dem Schein des Rechts zu umkleiden. Was dem rheinischen Volke angetan worden sei, und was jetzt der westfälischen Bevölkerung angetan werden solle, gebe weit über das Selbst der künftigen Verlegung des Friedensvertrages hinaus. Außerdem sei dieser Gewaltakt sinnlos, denn er treffe eine Bevölkerung, welche